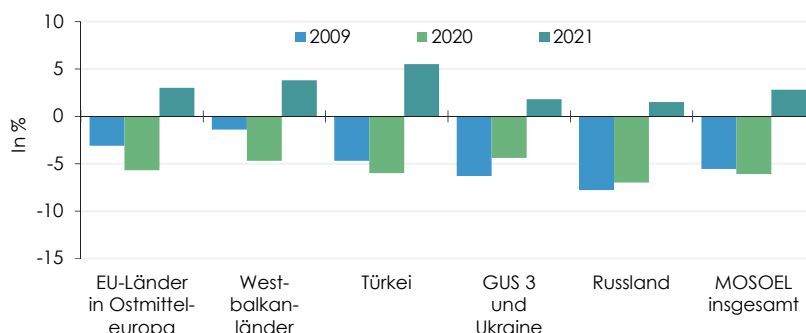


COVID-19-Pandemie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Tiefste Rezession seit der Transformationskrise

Richard Grieveson (wiw)

- Der durch den Ausbruch der COVID-19-Pandemie verursachte Abschwung wird die Wirtschaft der Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) schwerer in Mitleidenschaft ziehen als die Folgen der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09.
- Das wiw rechnet für 2020 mit einem gewichteten durchschnittlichen Rückgang des realen BIP in den MOSOEL um 6,1%, verglichen mit –5,6% im Jahr 2009.
- Alle MOSOEL werden in diesem Jahr einen realen BIP-Einbruch von mindestens 3% verzeichnen.
- Dies ist eine beispiellose Krise in der Zeit nach dem Übergang zur Marktwirtschaft. Vor diesem Hintergrund sind die wiw-Prognosen mit einem besonders hohen Maß an Unsicherheit behaftet.
- Mittelfristig wird die Krise viele Aspekte der Volkswirtschaften der MOSOEL grundlegend verändern, aber nicht alle Auswirkungen werden negativ sein.
- Die meisten MOSOEL dürften in den kommenden Jahren von Produktionsverlagerungen westeuropäischer Unternehmen in die Region profitieren ("near-shoring").

Reales BIP-Wachstum in Mittel-, Ost- und Südosteuropa



Für alle MOSOEL prognostiziert das wiw für 2020 einen Einbruch der Wirtschaftsleistung, der teilweise schärfer ausfällt als in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009. 2021 wird das BIP durchwegs wieder expandieren (Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat; 2020 und 2021: wiw-Prognose vom Mai 2020).

"In Russland und seinen Nachbarländern wird sich die Wirtschaft nach der COVID-19-Krise und dem damit einhergehenden, vermutlich längerfristigen Verfall der Rohölpreise nur sehr langsam erholen. Im Westen der Region MOSOEL ist eine raschere Belebung zu erwarten."

COVID-19-Pandemie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Tiefste Rezession seit der Transformationskrise

Richard Grieveson (wiiw)

COVID-19-Pandemie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Tiefste Rezession seit der Transformationskrise

Das reale BIP wird 2020 unter den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas in der Slowakei, in Slowenien, Kroatien und Montenegro am stärksten schrumpfen. Dies spiegelt entweder ein hohes Maß an Anfälligkeit für Störungen des Welthandels oder eine besondere Abhängigkeit vom Tourismus wider. Während einige MOSOEL ihre Fiskalpolitik erheblich lockern können, um den Abschwung abzuschwächen, sind die Möglichkeiten der externen Finanzierung in den meisten Ländern der Region sehr begrenzt. Mit dem Wachstumseinbruch und der Ausweitung der Haushaltsdefizite wird die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum BIP stark steigen. Aufgrund ihrer Abhängigkeit von umfangreichen Kapitalzuflüssen wird die Unterbrechung dieser Zuflüsse die Ukraine, Moldawien und viele Westbalkanländer besonders belasten.

JEL-Codes: E20, E31, E32, F15, F21, F32, G21, H60, J20, O47, O57, P24, P27, P33, P52 • **Keywords:** Makroökonomische Analyse, COVID-19-Krise, Fiskalpolitik, Internationaler Handel, Tourismus, Konsum, Kapitalflüsse, Investitionen, Verschuldung

Begutachtung: Mario Holzner (wiiw) • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nadya Heger (heger@wiiw.ac.at), Beate Muck (muck@wiiw.ac.at), Monika Schwarzhappel (schwarzhappel@wiiw.ac.at), Galina Vasaros (vasaros@wiiw.ac.at), David Zenz (zenz@wiiw.ac.at) • Abgeschlossen am 19. 5. 2020

Kontakt: Richard Grieveson, M.A.I.S., B.A. (Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche, stellvertretender Leiter, grieveson@wiiw.ac.at)

COVID-19 Pandemic in Central, Eastern and South-Eastern Europe: Deepest Recession Since the Transformation Crisis

Among the countries of Central, Eastern and South-Eastern Europe, real GDP will in 2020 shrink most in Slovakia, Slovenia, Croatia and Montenegro. This reflects either a high degree of vulnerability to disruptions in world trade or a particular dependence on tourism. While some CESEE countries can significantly ease their fiscal policy to mitigate the downturn, the possibilities for external financing are very limited in most countries in the region. As growth slumps and budget deficits widen, the ratio of public debt to GDP will rise sharply. Due to their dependence on large capital inflows, the interruption of these inflows will place a particular burden on Ukraine, Moldova and many countries in the Western Balkans.

1. Internationales Umfeld

Weltweit wird ein Wirtschaftseinbruch erwartet, wie er seit den 1930er-Jahren nicht mehr verzeichnet wurde.

Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds wird die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöste Krise für die Weltwirtschaft die schwerwiegendste Belastung seit den 1930er-Jahren sein. Alle wichtigen Handelspartner der Länder in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOSOEL) und alle Herkunftsländer des Tourismus und der Kapitalzuflüsse erleiden eine schwere Rezession. Prognosen sind derzeit mit einem hohen Maß an Unsicherheit behaftet. Das wahrscheinlichste Szenario ist ein tiefer Einbruch, gefolgt von einer allmählichen Lockerung der Beschränkungen des Wirtschaftslebens im Laufe von 2020 und 2021. Dennoch wird diese Erholung zögerlich verlaufen, möglicherweise werden einige Lockdown-Maßnahmen neuerlich gesetzt, falls die SARS-CoV-2-Infektionsraten wieder steigen. Eine vollständige Rückkehr zu einer vollen Nutzung aller Wirtschaftskapazitäten wird kaum vor Verfügbarkeit eines Massenimpfstoffes zu erwarten sein (möglicherweise Mitte bis Ende 2021). Die Wiederaufnahme des Wirt-

schaftslebens dürfte eine viel größere Herausforderung bedeuten als die Verhängung der anfänglichen Beschränkungsmaßnahmen.

Die weltweit wichtigsten Zentralbanken reagierten auf die Krise energisch, unterstützen das weltweite Finanzsystem wirksam und gewährleisten ein gewisses Maß an Stabilität. Viele westliche Länder kündigen ebenfalls umfangreiche finanzpolitische Unterstützung an; eine ernsthafte, koordinierte Reaktion scheint im Euro-Raum jedoch schwierig. Die Volkswirtschaften der MOSOEL mit besonders engen Verbindungen zum wirtschaftlich stark getroffenen Italien (insbesondere in Südosteuropa) werden darunter leiden.

Diesem Ausgangsszenario der vorliegenden wiiw-Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOSOEL) steht ein pessimistischeres Szenario gegenüber, das eine zweite oder dritte Welle von COVID-19-Infektionen, eine unerwartet

lange Wartezeit auf die Verfügbarkeit eines Impfstoffes und schwerwiegende politische

Fehlentscheidungen in den USA oder Europa berücksichtigt.

2. Regionaler Überblick

In seiner aktuellen Prognose für die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) erwartet das WiWi für alle 23 Volkswirtschaften im Jahr 2020 eine tiefe Rezession (Übersicht 1). Im gewichteten Durchschnitt wird das reale BIP der MOSOEL 23 um 6,1% unter dem Vorjahresniveau bleiben. Der Einbruch wird damit tiefer sein als in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (2009 –5,6%). Die Erho-

lung wird wesentlich schwächer ausfallen: +2,8% im Jahr 2021, gegenüber +4,4% im Jahr 2010. Am stärksten wird 2020 das BIP in jenen Ländern schrumpfen, deren Wirtschaft besonders vom Außenhandel oder Tourismus abhängt (z. B. die Slowakei, Slowenien, Montenegro und Kroatien).

Der durch die COVID-19-Pandemie bedingte Konjunkturerinbruch wird in allen MOSOEL tiefer ausfallen als 2009 im Gefolge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise.

Übersicht 1: BIP-Wachstum und Inflation

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				Veränderung im Jahresdurchschnitt gegen das Vorjahr in %			
EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾	+ 4,4	+ 3,7	- 5,7	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,3
Bulgarien	+ 3,1	+ 3,4	- 6,3	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,0
Tschechien	+ 2,8	+ 2,6	- 4,8	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,0
Estland	+ 4,8	+ 4,3	- 7,0	+ 4,0	+ 3,4	+ 2,3	+ 1,0	+ 1,5
Kroatien	+ 2,7	+ 2,9	- 11,0	+ 4,0	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0
Ungarn	+ 5,1	+ 4,9	- 5,5	+ 2,0	+ 2,9	+ 3,4	+ 4,0	+ 3,0
Litauen	+ 3,6	+ 3,9	- 6,5	+ 4,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 0,3	+ 1,4
Lettland	+ 4,3	+ 2,2	- 8,0	+ 4,5	+ 2,6	+ 2,7	+ 0,5	+ 1,5
Polen	+ 5,3	+ 4,1	- 4,0	+ 3,0	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,8	+ 2,0
Rumänien	+ 4,4	+ 4,1	- 7,0	+ 3,0	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,0	+ 4,0
Slowenien	+ 4,1	+ 2,4	- 9,5	+ 4,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,0
Slowakei	+ 4,0	+ 2,3	- 9,0	+ 4,6	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,8
Euro-Raum ²⁾	+ 1,9	+ 1,2	- 7,5	+ 4,7	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,0
EU 27 ²⁾	+ 2,1	+ 1,5	- 7,3	+ 5,0	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,4
Westbalkanländer ¹⁾	+ 4,0	+ 3,5	- 4,7	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,5
Albanien	+ 4,1	+ 2,2	- 5,0	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,5
Bosnien und Herzegowina	+ 3,7	+ 2,6	- 5,0	+ 3,0	+ 1,4	+ 0,6	- 0,5	+ 1,2
Montenegro	+ 5,1	+ 3,6	- 8,0	+ 5,0	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,9
Nordmazedonien	+ 2,7	+ 3,6	- 5,0	+ 4,0	+ 1,5	+ 0,8	- 1,0	+ 0,4
Serbien	+ 4,4	+ 4,2	- 4,0	+ 4,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,6
Kosovo	+ 3,8	+ 4,2	- 4,4	+ 4,0	+ 1,1	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,7
Türkei	+ 2,8	+ 0,9	- 6,0	+ 5,5	+ 16,3	+ 15,2	+ 12,0	+ 11,0
GUS, Ukraine ¹⁾	+ 2,8	+ 1,8	- 6,4	+ 1,6	+ 3,9	+ 4,9	+ 4,6	+ 4,0
Weißrussland	+ 3,1	+ 1,2	- 5,3	- 0,7	+ 4,9	+ 5,6	+ 8,0	+ 7,0
Kasachstan	+ 4,1	+ 4,5	- 3,0	+ 2,0	+ 6,0	+ 5,3	+ 7,0	+ 5,0
Moldawien	+ 4,3	+ 3,6	- 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 4,8	+ 4,5	+ 5,0
Russland	+ 2,5	+ 1,3	- 7,0	+ 1,5	+ 2,9	+ 4,5	+ 4,1	+ 3,6
Ukraine	+ 3,4	+ 3,2	- 6,0	+ 2,5	+ 10,9	+ 7,9	+ 4,5	+ 6,0
Visegrád-Länder ¹⁾	+ 4,7	+ 3,8	- 4,8	+ 2,9	+ 1,7	+ 2,4	+ 3,6	+ 2,1
Baltische Länder ¹⁾	+ 4,1	+ 3,5	- 7,0	+ 4,3	+ 2,7	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,5
Südosteuropäische Länder ¹⁾	+ 4,0	+ 3,7	- 6,7	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,8
GUS 3 und Ukraine ¹⁾³⁾	+ 3,7	+ 3,5	- 4,4	+ 1,8	+ 7,4	+ 6,2	+ 6,3	+ 5,7
Nicht-EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾	+ 2,8	+ 1,6	- 6,2	+ 2,8	+ 7,4	+ 7,7	+ 6,6	+ 5,9
MOSOEL insgesamt ¹⁾	+ 3,3	+ 2,2	- 6,1	+ 2,8	+ 5,9	+ 6,2	+ 5,5	+ 4,9

Q: WiWi (Mai 2020), Eurostat, 2020 und 2021: WiWi-Prognose vom Mai 2020, Europäische Kommission. – ¹⁾ WiWi-Schätzung. – ²⁾ WiWi-Prognose. – ³⁾ Ohne Russland.

Übersicht 2: Arbeitslosenquote und Leistungsbilanz

	Arbeitslosenquote				Leistungsbilanz			
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
	In %, Jahresdurchschnitt, LFS				In % des BIP			
EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾	4,3	3,8	9,6	8,7	- 0,8	- 0,2	0,9	- 0,3
Bulgarien	5,2	4,2	10,0	9,0	1,4	4,0	1,9	1,7
Tschechien	2,2	2,0	3,5	4,0	0,4	- 0,4	0,3	0,3
Estland	5,4	4,4	8,0	7,0	2,0	2,2	3,0	2,0
Kroatien	8,5	6,6	11,0	10,0	1,9	2,5	- 5,0	- 1,0
Ungarn	3,7	3,4	10,0	7,0	0,0	- 0,8	0,0	0,0
Litauen	6,2	6,3	9,0	8,0	0,3	4,3	5,0	4,0
Lettland	7,4	6,3	8,0	8,5	- 0,7	- 0,5	4,0	2,0
Polen	3,9	3,3	7,0	7,0	- 1,0	0,5	0,2	0,3
Rumänien	4,2	3,9	10,0	7,0	- 4,4	- 4,6	5,0	- 4,5
Slowenien	5,1	4,5	9,0	8,0	6,1	6,6	2,0	3,0
Slowakei	6,5	5,8	8,2	8,7	- 2,6	- 2,9	- 3,1	- 1,8
Euro-Raum ²⁾	8,1	7,5	10,4	8,9	3,6	3,0	2,8	2,8
EU 27 ²⁾	7,2	6,7	9,7	8,2	3,2	2,9	2,9	3,0
Westbalkanländer ¹⁾	15,7	13,4	16,4	15,0	- 5,2	- 6,3	- 7,9	- 6,8
Albanien	12,3	11,5	13,6	11,5	- 6,8	- 7,6	- 9,5	- 9,0
Bosnien und Herzegowina	18,4	15,7	19,0	17,0	- 3,7	- 3,5	- 8,0	- 6,0
Montenegro	15,2	15,1	21,0	19,0	- 17,0	- 15,2	- 20,0	- 16,0
Nordmazedonien	20,7	17,3	21,0	19,0	- 0,1	- 2,8	- 2,5	- 1,5
Serbien	12,7	10,4	13,4	12,7	- 4,8	- 6,9	- 7,5	- 7,0
Kosovo	29,6	25,7	27,0	26,0	- 7,6	- 5,8	- 7,5	- 6,0
Türkei	10,9	13,7	17,2	15,6	- 3,4	0,5	0,4	- 0,2
GUS, Ukraine ¹⁾	5,4	5,2	7,7	6,9	5,3	2,6	- 0,8	0,1
Weißrussland	4,8	4,2	6,0	5,5	0,0	- 1,8	- 2,7	- 3,5
Kasachstan	4,9	4,8	6,0	5,0	- 0,1	- 3,6	- 6,0	- 4,0
Moldawien	3,0	5,1	9,0	6,0	- 10,6	- 9,7	- 9,0	- 9,0
Russland	4,8	4,6	7,0	6,5	6,8	3,8	0,0	1,0
Ukraine	8,8	8,2	12,0	10,0	- 3,3	- 0,9	- 2,0	- 3,5
Visegrád-Länder ¹⁾	3,8	3,3	6,9	6,6	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Baltische Länder ¹⁾	6,4	5,9	8,5	7,9	0,4	2,4	4,2	2,9
Südosteuropäische Länder ¹⁾	8,6	7,4	12,3	10,3	- 3,0	- 2,9	0,4	- 3,8
GUS 3 und Ukraine ¹⁾³⁾	6,9	6,6	7,7	6,9	- 1,5	- 2,5	- 0,7	0,1
Nicht-EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾	7,1	7,5	10,2	9,2	2,6	1,7	- 0,8	- 0,3
MOSOEL insgesamt ¹⁾	6,4	6,6	9,6	8,6	1,4	1,0	- 0,2	- 0,3

Q: wiw (Mai 2020), Eurostat. 2020 und 2021: wiw-Prognose vom Mai 2020, Europäische Kommission. Arbeitslosenquote: Labour-Force-Konzept. – ¹⁾ wiw-Schätzung. Leistungsbilanz einschließlich Transaktionen innerhalb der Region (Summe der einzelnen Länder). – ²⁾ wiw-Prognose. – ³⁾ Ohne Russland.

Weniger betroffen könnten besonders geschlossene Volkswirtschaften sein (Kosovo, Moldawien), Länder, die umfangreiche Konjunkturprogramme einsetzen (Serbien, Polen, Kasachstan), und jene, die den Zeitpunkt der Abriegelung bzw. Lockerung richtig gewählt zu haben scheinen (z. B. Tschechien)¹⁾.

Die Krise wird das reale Wachstum in den MOSOEL von mehr als zwei Jahren zunichte-

machen und das BIP wieder auf das Niveau von 2017 drücken. Handels- oder tourismusabhängige Volkswirtschaften, wie Kroatien oder die Slowakei, büßen den BIP-Zuwachs von drei bis vier Jahren ein. Auch 2021 wird noch kein Land das Niveau von 2019 wieder erreichen. Die Wirtschaftsleistung von Kroatien, Slowenien, Russland und Weißrussland wird im Jahr 2021 um mindestens 5% kleiner sein als im Jahr 2019.

¹⁾ Einiges weist darauf hin, dass der Kompromiss zwischen dem Schutz der Gesundheit und dem der Wirt-

schaft für die Wirtschaft belastender ist als eine schnellere Abriegelung.

3. Kurzfristig messbare Auswirkungen der COVID-19-Krise

Seit Ende März verfolgt und sammelt das wiiw relevante hochfrequente Daten, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Krise in den MOSOEL zu messen. Eine umfassende Sammlung von Trackern (darunter auch die des wiiw) bietet der Ökonom Lukas Lehner²).

3.1 Arbeitsmarkt

Die offensichtlichste Auswirkung der Krise dürfte jene auf die Beschäftigung sein. Daten für die MOSOEL liegen bei Redaktionsschluss noch nicht vor, doch ist eine erhebliche und längerfristige Steigerung der Arbeitslosigkeit wahrscheinlich. Nach einer Studie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) könnten die

Arbeitsplatzverluste in den MOSOEL besonders empfindlich sein, weil die Wirtschaftsstruktur von kleinen und mittleren Unternehmen bestimmt wird³).

3.2 Einkaufsmanagerindizes

Einkaufsmanagerindizes (PMIs) sind häufig die zuverlässigsten hochfrequenten Indikatoren für die Entwicklung der Wirtschaftsleistung. Die jüngsten verfügbaren Daten deuten auf eine erhebliche Dämpfung hin, sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor (soweit verfügbar) dürfte die Wertschöpfung im Euro-Raum und in Teilen der MOSOEL auf neue Tiefstwerte gesunken sein.

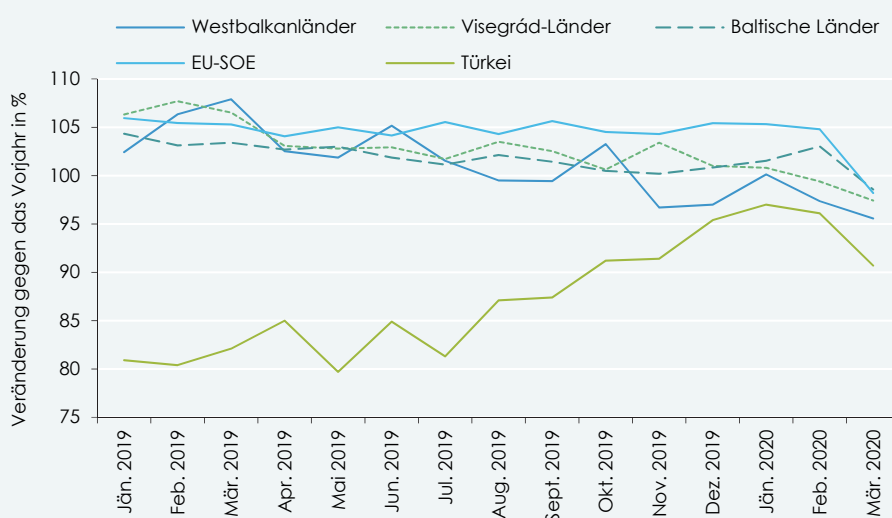
Kurzfristig ist der größte Einbruch der Mobilitätsindikatoren im Einzelhandel und im Freizeitbereich zu erkennen.

Übersicht 3: Einkaufsmanagerindizes

	Insgesamt			Fertigung			Dienstleistungen		
	Zeitraum	Werte	Veränderung gegen den Vormonat	Zeitraum	Werte	Veränderung gegen den Vormonat	Zeitraum	Werte	Veränderung gegen den Vormonat
Tschechien	.	.	.	April	35,1	- 6,2	.	.	.
Polen	.	.	.	April	31,9	- 10,5	.	.	.
Euro-Raum	April	13,5	- 16,2	April	33,4	- 11,1	April	11,7	- 14,7
Türkei	.	.	.	April	33,4	- 14,7	.	.	.
Kasachstan	.	.	.	April	39,3	- 9,5	März	40,6	- 6,0
Russland	.	.	.	April	31,3	- 16,2	März	37,1	- 14,9

Q: IHS Markit. Werte über 50 . . . Expansion, Werte unter 50 . . . Kontraktion.

Abbildung 1: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung



Q: Europäische Kommission. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. EU-SOE: Slowenien, Kroatien, Rumänien, Bulgarien.

²) <https://lukaslehner.github.io/covid19policytrackers/> (abgerufen am 19. 5. 2020).

³) <https://voxeu.org/article/covid-19-job-displacement-emerging-markets> (abgerufen am 19. 5. 2020).

3.3 Währungen

In den MOSOEL werteten viele Währungen Anfang 2020 erheblich ab. Das betraf vor allem den russischen Rubel, seit März machte er allerdings einen Teil des Wertverlustes wieder wett. Auch die türkische Lira verlor im bisherigen Jahresverlauf kontinuierlich an Wert. In Mittel- und Osteuropa verzeichneten die tschechische, die ungarische und die polnische Währung ähnliche Entwicklungen, was eher auf eine allgemeine Zunahme der Risikoaversion gegenüber der Region hindeutet als auf einen Ansatz, der sich auf die Fundamentaldaten der einzelnen Länder stützt. Die Auswirkungen der Abwertung auf die Nettoexporte könnten den Abschwung etwas abmildern, doch wird dieser Effekt durch den enormen allgemeinen Nachfragerückgang und die Tatsache beschränkt, dass die weltweite Integration der Wertschöpfungsketten die Bedeutung der Wechselkurse im Allgemeinen begrenzt.

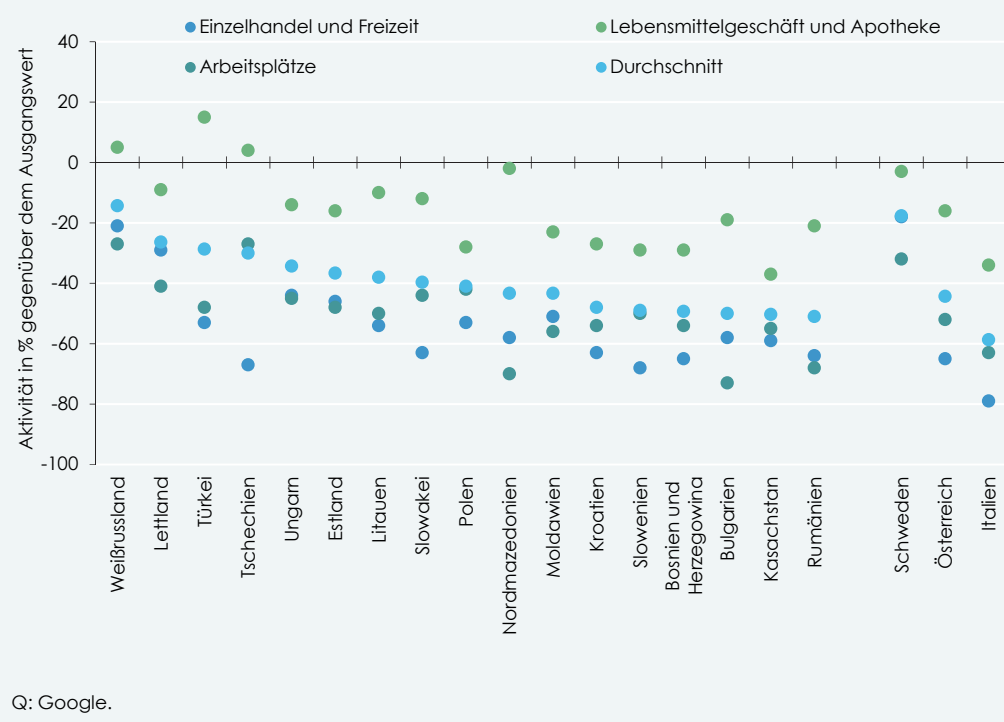
3.4 Konjunkturerwartungen

Die vollen Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Wirtschaftsleistung werden erst schrittweise in den Daten sichtbar. Der Indikator der Europäischen Kommission für die wirtschaftliche Einschätzung zeigt bereits im März 2020 (jüngste verfügbare Daten) durchwegs eine deutliche Verschlechterung (Abbildung 1).

3.5 Einschränkung der Nutzung verschiedener Dienstleistungen laut Google-Mobilitätsdaten

Momentaufnahmen von Daten sind oft schwierig zu interpretieren. Die Mobilitätsdaten von Google bieten aktuelle Informationen darüber, wie das Wirtschaftsleben von der COVID-19-Krise beeinflusst wird (Abbildung 2). Der Effekt wird hier anhand eines Vergleiches mit drei westeuropäischen Ländern mit unterschiedlicher Krisenstrategie veranschaulicht: Schweden schränkte die Wirtschaftsaktivitäten nur wenig ein, Italien setzte umfassende Beschränkungen, und Österreich wählte einen Mittelweg:

Abbildung 2: Google-Mobilität – Veränderung der Nutzung verschiedener Dienstleistungen infolge der COVID-19-Krise



- Für Weißrussland werden ähnliche Daten wie für Schweden ausgewiesen, ebenso für Lettland, die Türkei und Tschechien.
- In Rumänien, Bulgarien, Kasachstan, Bosnien und Herzegowina, Slowenien und Kroatien wurde das Wirtschaftsleben am stärksten gestört.
- Fast überall sind die größten Auswirkungen auf den Einzelhandel und den

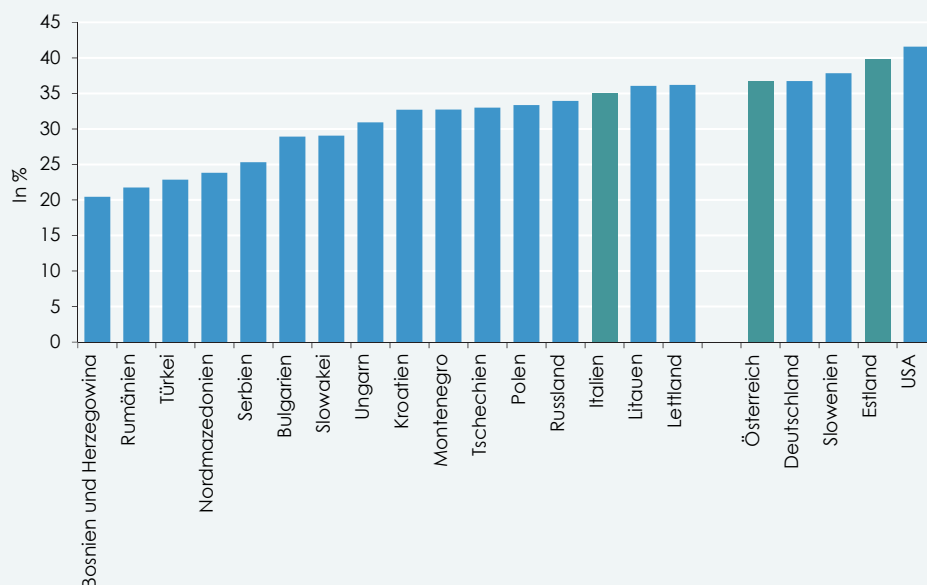
Freizeitbereich zu verzeichnen, wobei Lebensmittelgeschäfte und Apotheken wie erwartet weit unterdurchschnittlich betroffen sind. In Weißrussland, der Türkei und Tschechien liegt die Aktivität hier sogar über dem Ausgangsniveau.

Erhebliche Auswirkungen zeigen aktuelle Daten von Eurostat auch auf die Aktivitäten am Arbeitsplatz:

- Home-Office dürfte in weiten Teilen der MOSOEL zwar verbreitet, aber nicht so einfach möglich sein wie in Westeuropa. Nur in Estland und Slowenien liegt die Nutzung von Home-Office über dem EU-

Durchschnitt. Nach einer Untersuchung vom April 2020 kann in Teilen der MOEL nur etwa ein Fünftel der Arbeitskräfte Home-Office nutzen (Abbildung 3), verglichen mit 37% in Österreich und Deutschland und über 40% in den USA. Auch hier schneiden Estland und Slowenien wesentlich besser ab als die anderen MOSOEL.

Abbildung 3: **Bevölkerungsanteil der Personen, die Homeoffice nutzen können**



Q: https://bfi.uchicago.edu/wp-content/uploads/BFI_White-Paper_Dingel_Neiman_3.2020.pdf.

4. Grundlegende Faktoren der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und Verwundbarkeit

Die grundlegenden Faktoren der Widerstandsfähigkeit und Verwundbarkeit von Volkswirtschaften können in drei große Bereiche unterteilt werden: Demographie und Gesundheit, fiskalpolitischer Spielraum und Auswirkungen auf die einzelnen Sektoren. Die entsprechenden Ergebnisse für die MOSOEL werden vier westeuropäischen Vergleichsländern mit unterschiedlicher Strategie zur Eindämmung der COVID-19-Infektionen gegenübergestellt: Italien und Spanien mit dem schärfsten Lockdown, Schweden mit den geringsten Einschränkungen in Westeuropa und Österreich mit einem Mittelweg.

4.1 Demographie und Gesundheit

Länder mit gut ausgebautem Gesundheitssystem werden – unter ansonsten gleichen Bedingungen – weniger strenge Beschränkungen des Wirtschaftslebens benötigen,

um die Infektionsketten der COVID-19-Pandemie einzudämmen. Weil die MOSOEL allgemein über relativ schwächere öffentliche Gesundheitssysteme als Westeuropa verfügen, führten sie ursprünglich die Beschränkungen im Verhältnis zur Zahl der Fälle schneller ein. Unabhängig davon ist das Risiko einer Überlastung des Gesundheitssystems in Ländern mit höherem Bevölkerungsanteil der Älteren höher, wie verschiedene Forschungsergebnisse zeigen⁴⁾. Daraus ergeben sich die folgenden Schlussfolgerungen:

- Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Bevölkerung entspricht in den EU-Ländern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa mit rund einem Fünftel etwa den westeuropäischen Vergleichsländern. In den meisten anderen MOSOEL ist die Altersstruktur vorteilhafter als in Westeuropa.

Die größten realen Einbußen werden in jenen MOSOEL erwartet, deren Wirtschaft besonders exportorientiert und/oder tourismusorientiert ist.

⁴⁾ <https://www.pnas.org/content/early/2020/04/15/200491111Z> (abgerufen am 19. 5. 2020).

- Selbst bereinigt um das lokale Preisniveau sind die öffentlichen Gesundheitsausgaben in den MOSOEL dramatisch niedriger als in Westeuropa, insbesondere als in den wohlhabenderen Ländern. Die Bandbreite reicht von 47% des schwedischen Niveaus in Tschechien bis nur 5% in Moldawien und der Ukraine.
- Fünf Länder wiesen vor Ausbruch der COVID-19-Krise eine relativ hohe Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP auf: Slowenien, Ungarn, Albanien, Montenegro und Kroatien. Die drei letztgenannten Länder sind überdies in hohem Maß von Tourismuseinnahmen abhängig (siehe unten). Nur Rumänien wies ein erhebliches Haushaltsdefizit auf. Die allgemein lockere Fiskalpolitik der letzten Jahre könnte Rumäniens Fähigkeit, auf die Krise zu reagieren, beeinträchtigen.
- Die EU-Beitrittsländer des Jahres 2004 weisen im Allgemeinen die besten Kreditratings auf und sollten daher in der Lage sein, zur Finanzierung ihrer Defizite in weit größerem Umfang als die anderen MOSOEL Kredite aufzunehmen. Die anderen Länder werden entweder auf die internationalen Finanzorganisationen (deren Hilfe begrenzt zu sein scheint) oder auf ihre inländischen Ressourcen angewiesen sein.

4.2 Fiskalpolitischer Spielraum

Viele westliche Länder können das Defizit der öffentlichen Haushalte erheblich ausweiten, um Arbeitskräfte und Unternehmen über einen Großteil der Krisenzeit hinweg zu unterstützen. In den meisten MOSOEL wird das nicht im gleichen Maß möglich sein. Selbst einige jener Länder, die umfangreiche fiskalpolitische Unterstützungen angekündigt haben, werden diese möglicherweise nicht einhalten können. Die hier gesammelten Daten (Übersicht 4) lassen folgende Schlussfolgerungen zu:

Übersicht 4: **Demographische und gesundheitliche Kennzahlen**

	Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in %	Öffentliche Gesundheitsausgaben in \$ pro Kopf, zu Kaufkraftparitäten
	2020	2017
Albanien	15	542
Weißrussland	16	790
Bosnien und Herzegowina	18	826
Bulgarien	21	876
Kroatien	21	1.468
Tschechien	20	2.251
Estland	20	1.608
Ungarn	20	1.361
Euro-Raum	8	509
Lettland	21	961
Litauen	21	1.396
Moldawien	12	241
Montenegro	16	.
Nordmazedonien	14	624
Polen	19	1.350
Rumänien	19	1.075
Russland	16	802
Serbien	19	784
Slowakei	17	1.728
Slowenien	21	2.126
Türkei	9	917
Ukraine	17	257
Österreich	19	4.067
Schweden	20	4.770
Italien	23	2.675
Spanien	20	2.449

Q: Bevölkerungsdaten: UNO; Gesundheitsausgaben: Weltbank; wiw. Blau . . . ungünstigster Wert, grün . . . günstigster Wert.

4.3 Schlüsselsektoren

Nicht alle Wirtschaftssektoren sind in gleicher Weise von der COVID-19-Krise betroffen, einige könnten sogar davon profitieren: Außenhandel und Tourismus sind erheblich negativ betroffen, während die

Energiewirtschaft in einigen Ländern profitieren kann, in anderen vor Herausforderungen steht und die digitale Wirtschaft erheblich profitieren dürfte:

- Jene Länder, deren Wirtschaft das größte Gewicht von Außenhandel

(Slowakei) oder Tourismus (Kroatien, Albanien und Montenegro) aufweist, leiden unter der Krise besonders. Doch während sich exportorientierte Volkswirtschaften relativ schnell erholen könnten (vor allem wenn der Aufschwung in Asien anhält), werden den zahlreichen Tourismusländern der Region wahrscheinlich länger wichtige Impulse fehlen. Die Auswirkungen auf den internationalen Tourismus werden nicht nur in der Sommersaison 2020, sondern weit über das Jahr 2020 hinaus anhalten.

- Obwohl der starke Rückgang der Energiepreise theoretisch symmetrische Auswirkungen haben sollte (die Erdölimporteure gewinnen, was die Erdölexporteure

verlieren), deuten verschiedene Studien darauf hin, dass dies im Allgemeinen nicht der Fall ist. Die Erdölexporteure unter den MOSOEL (Russland und Kasachstan) werden erhebliche Einnahmeneinbußen erleiden, die sich nicht unbedingt in einem großen Vorteil für die Erdölimporteure niederschlagen. Aufgrund des tiefgreifenden Vertrauensverlustes, den die COVID-19-Krise mit sich bringt, werden reale Einkommensgewinne gespart und nicht ausgegeben werden. Da die Rohölpreise jedoch wahrscheinlich mittelfristig nicht wieder anziehen werden, wird dies dennoch einen positiven Impuls für den Konsum und die Investitionen in der Region bewirken.

Übersicht 5: **Fiskalpolitische Kennzahlen**

	Bonität 2020	Haushaltssaldo 2019 In % des BIP	Staatsverschuldung 2019 In % des BIP
Albanien	6,0	- 1,9	67,5
Weißrussland	6,0	4,0	42,0
Bosnien und Herzegowina	6,0	1,0	31,7
Bulgarien	4,0	2,1	20,4
Kroatien	4,7	0,4	73,2
Tschechien	2,0	0,3	30,8
Estland	2,3	- 0,3	8,4
Ungarn	4,0	- 2,0	66,3
Kasachstan	4,0	- 1,9	25,2
Kosovo		0,7	17,2
Lettland	3,0	- 0,2	36,9
Litauen	3,0	0,3	36,3
Moldawien	6,0	- 1,4	26,3
Montenegro	6,0	- 2,3	69,0
Nordmazedonien	5,0	- 2,1	48,8
Polen	3,0	- 0,7	46,0
Rumänien	4,0	- 4,3	35,2
Russland	4,0	2,0	12,4
Serbien	5,0	0,7	52,0
Slowakei	3,0	- 1,2	48,0
Slowenien	3,0	0,5	66,1
Türkei	5,7	3,0	32,0
Ukraine	6,3	- 2,1	50,3
Österreich	2,0	0,7	70,4
Schweden	1,0	0,5	35,1
Italien	4,0	- 1,6	134,8
Spanien	3,3	- 2,8	95,5

Q: Bonität: Moody's, S&P, Fitch; Haushaltssaldo, Staatsverschuldung: wiw. Blau . . . ungünstigster Wert, grün . . . günstigster Wert. Bonitätsbewertungen (Durchschnittswerte der Bewertungen von Moody's, S&P und Fitch): 1 . . . erstklassig, 2 . . . hohe Bewertung, 3 . . . oberes Mittel, 4 . . . unteres Mittel, 5 . . . nicht spekulativ, 6 . . . hoch spekulativ, 7 . . . erhebliche Risiken.

- Die digitale Wirtschaft erhält durch die COVID-19-Krise einen beträchtlichen Schub. Am besten positioniert scheinen hier die baltischen Länder, Tschechien

und Slowenien. Diese Branche könnte demnach für einige MOSOEL neue Chancen bieten⁵⁾.

⁵⁾ <https://wiw.ac.at/uncertainty-in-turbulent-times-p-5237.html> (abgerufen am 19. 5. 2020).

Übersicht 6: Schlüsselsektoren

	Außenhandel	Tourismus	Nettoenergie- handelsbilanz	Vernetzter Bereitschaftsindex
	2019 In % des BIP	2016 In % des BIP	2019 In % des BIP	2016
Albanien	77,1	26,3	- 1,4	3,9
Weißrussland	139,4	6,2	- 4,3	.
Bosnien und Herzegowina	99,2	9,9	- 5,0	3,6
Bulgarien	129,2	11,3	- 3,4	4,1
Kroatien	101,8	25,1	- 3,2	4,3
Tschechien	150,6	7,6	- 2,9	4,7
Estland	145,0	15,5	- 1,0	5,4
Ungarn	165,5	8,0	- 3,8	4,4
Euro-Raum	63,5	6,0	22,4	4,6
Kosovo	82,0	.	- 6,4	.
Lettland	122,8	9,4	- 3,4	4,8
Litauen	149,3	4,9	- 4,0	4,9
Moldawien	85,8	3,3	- 8,5	4,4
Montenegro	109,6	25,1	- 4,1	4,0
Nordmazedonien	133,8	6,8	- 6,4	4,3
Polen	107,8	4,5	- 2,8	4,5
Rumänien	86,2	5,4	- 1,6	4,1
Russland	51,3	4,9	14,1	4,5
Serbien	110,1	6,7	- 4,8	4,0
Slowakei	190,2	6,4	- 4,1	4,4
Slowenien	160,8	12,3	- 2,9	4,7
Türkei	60,1	11,7	- 5,0	4,4
Ukraine	99,0	6,0	- 9,4	4,2

Q: Tourismus: Weltbank; Vernetzter Bereitschaftsindex: World Economic Forum; wiw. Blau . . . ungünstigster Wert, grün . . . günstigster Wert.

5. Auswirkungen auf den Finanzmärkten

Die Rolle internationaler Finanzinstitutionen wird entscheidend sein, um den MOSOEL bei der Bewältigung des Abschwunges zu helfen.

Die COVID-19-Krise ist (noch) nicht eine Finanzmarktkrise wie jene 2008/09. Nach einem anfänglichen Engpass⁶⁾ wurde die Dollar-Liquidität – angesichts der Vorherrschaft des Dollars im Welthandel und im Finanzwesen ein wichtiger Faktor in jeder Krise – durch eine energische Reaktion der Fed gewährleistet. Dennoch bedeutet die Kapitalflucht für die MOSOEL eine erhebliche potentielle Herausforderung. Nach Daten des Institute of International Finance (IIF) waren im I. Quartal 2020 die bisher größten Kapitalabflüsse aus den Schwellenländern zu verzeichnen⁷⁾. Eine neue Finanzmarktkrise in den Schwellenländern ist keineswegs undenkbar, nicht zuletzt weil China wahrscheinlich nicht durch expansive Fiskalpolitik den Rückhalt für die weltweite Nachfrage in dem Umfang bieten können wie nach 2008⁸⁾.

Vom Rückgang der verschiedenen Kapitalzuflüsse (Rücküberweisungen von Arbeitskräften aus dem Ausland, Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen und an "Hot Money") sind die Westbalkanländer, Moldawien und die Ukraine unter den MOSOEL am stärksten betroffen (Abbildung 4).

Rücküberweisungen sind für alle genannten Länder wichtig, während ausländische Direktinvestitionen in den letzten Jahren auch für Montenegro, Serbien und Albanien ein bedeutender Teil der Außenfinanzierung waren. Die Abnahme dieser Kapitalströme bedeutet für diese Länder einen zusätzlichen Finanzierungsengpass. In diesem Zusammenhang ist auch die Prolongation der Auslandsschulden eine Herausforderung (so machen die in den nächsten 12 Monaten fälligen Auslandsschulden der Türkei über 20% ihres BIP von 2019 aus). Die meisten Länder wiesen vor Ausbruch der COVID-19-Krise eine höhere Auslandsverschuldung im Verhältnis zum BIP auf als 2007 vor Ausbruch der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (Abbildung 5). Die derzeitige Stärke des Dollars verstärkt diese Schwierigkeiten zusätzlich.

Ein Schlüsselaspekt der finanziellen Belastbarkeit wird der Bankensektor sein. Hier gibt es Grund zu mäßigem Optimismus, da sich die Qualität der Vermögenswerte in den letzten Jahren deutlich verbessert hat (Abbildung 6). Dies kann allerdings einige Bereiche besonderer Stressanfälligkeit verdecken.

⁶⁾ <https://adamtooze.com/2020/03/22/crashed-to-corona-1-the-dollar-shortage/> (abgerufen am 19. 5. 2020).

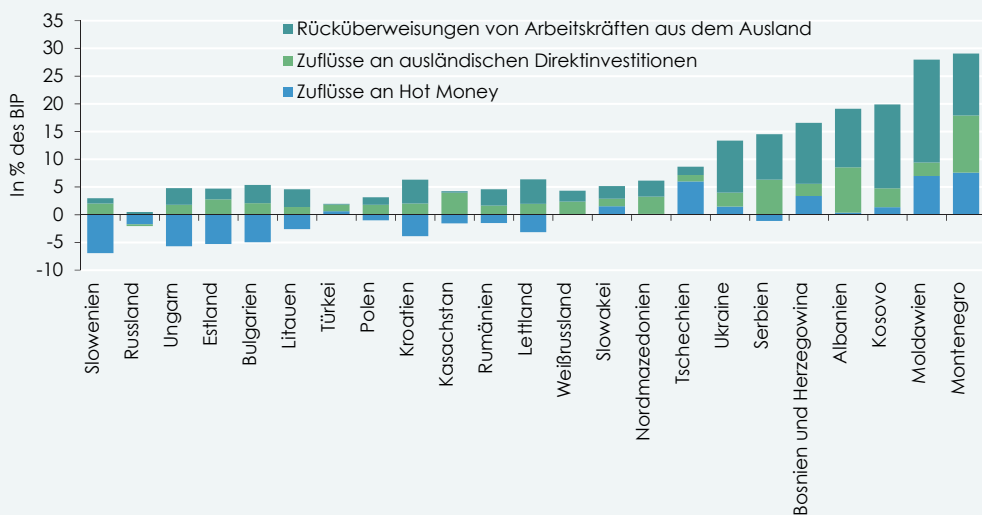
⁷⁾ <https://www.iif.com/Publications/ID/3841/Capital-Flows-Report-Sudden-Stop-in-Emerging-Markets> (abgerufen am 19. 5. 2020).

⁸⁾ <https://foreignpolicy.com/2020/03/28/coronavirus-biggest-emerging-markets-crisis-ever/> (abgerufen am 19. 5. 2020).

Darüber hinaus kann sich, wie die Nachwirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von 2008/09 gezeigt haben, die Qualität der Aktiva schnell verschlechtern, und ein starker

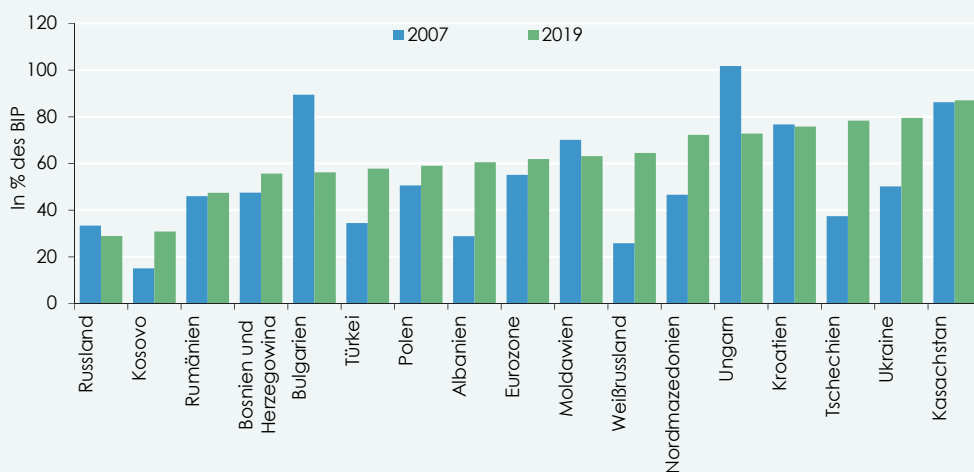
Anstieg der notleidenden Kredite scheint in den kommenden zwei Jahren sehr wahrscheinlich.

Abbildung 4: **Ausgewählte Kapitalflüsse**



Q: Weltbank, nationale Quellen, wiw. Durchschnitt der letzten 5 verfügbaren Jahre.

Abbildung 5: **Bruttoauslandsverschuldung**



Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat.

Internationale Organisationen, Banken und westliche Regierungen scheinen auf die aktuelle Krise angesichts der Erfahrungen aus der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 schnell zu reagieren. Angesichts des Risikos der Kapitalflucht, insbesondere aus den Westbalkanländern, wurde die "Vienna Initiative" bereits aktiv, die ursprünglich unter Führung der EBRD eingerichtet wurde, um den Finanzsektor in den MOSOEL nach der

Finanzmarktkrise von 2008/09 zu unterstützen⁹⁾. Darüber hinaus vereinbarten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Moldawien und Nordmazedonien mit dem IWF Instrumente zur schnellen Finanzierung (RFI), die ein Volumen an Sonderziehungsrechten von 41,3 Mio. für Kosovo bis zu 265,2 Mio. für Bosnien und Herzegowina aufweisen¹⁰⁾.

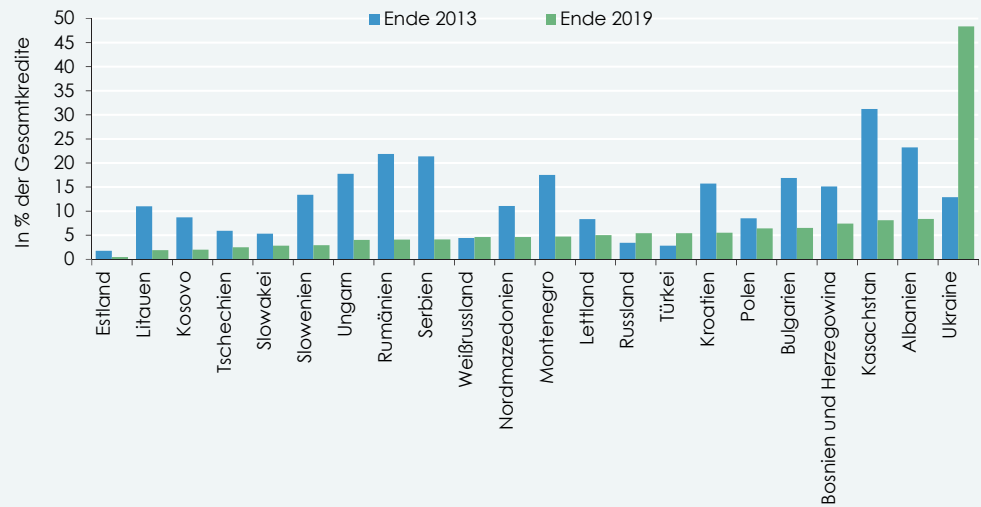
⁹⁾ <https://www.ft.com/content/162bfc8d-603d-415d-938e-f940eadd3aaf?emailId=5ea5e199ea83a3000415efdb&segmentId=488e9a50-190e-700c-cc1c-6a339da99cab> (abgerufen am 19. 5. 2020).

¹⁰⁾ <https://www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/COVID-Lending-Tracker#EUR> (abgerufen am 19. 5. 2020).

Das Kreditwachstum dürfte in allen Ländern der Region zusammenbrechen. Dies wird die größten wirtschaftlichen Auswirkungen für jene Länder haben, die bisher am stärksten auf das Kreditwachstum angewiesen waren, um die gesamtwirtschaftliche Expansion voranzutreiben. In den letzten sechs Monaten wuchs das Kreditvolumen in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), einigen

Westbalkanländern, Ungarn und der Türkei besonders stark (Abbildung 7). In den meisten dieser Länder betraf die Nachfrage von privaten Haushalten und Unternehmen vor allem Kredite in Landeswährung. In Serbien (und in gewissem Umfang auch in Ungarn und Weißrussland) war jedoch ein bemerkenswerter Anstieg der Devisenkredite an Unternehmen zu verzeichnen.

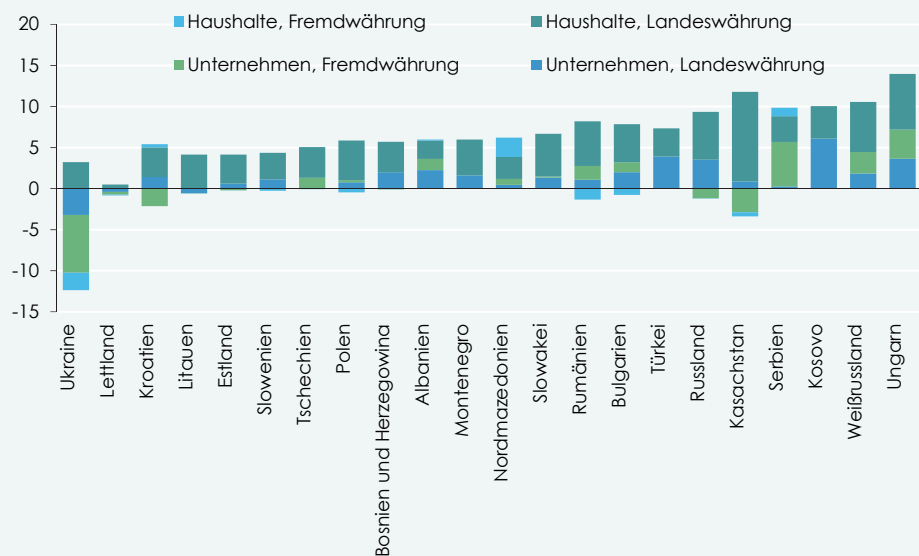
Abbildung 6: Anteil der notleidenden Kredite



Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat.

Abbildung 7: Kreditvolumen

Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, gleitender Sechsmonatsdurchschnitt, März 2020 oder später



Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat.

6. Mittel- und langfristige Auswirkungen der COVID-19-Krise in den MOSOEL

Die COVID-19-Krise wird weitreichende Auswirkungen auf die Wirtschaft der MOSOEL haben:

- **Veränderung der Konsumwirtschaft und Zunahme der Konsumzurückhaltung:**

Auch auf lange Sicht werden die privaten Haushalte kaum zu ihren Konsumgewohnheiten vor der Krise zurückkehren. Der Lockdown veranlasste viele, erstmals online einzukaufen, und vielfach wird diese Form der Güterbeschaffung beibehalten werden. Die Konsummuster werden, zumindest für eine gewisse Zeit, von einem neuen Maß an Vorsicht geprägt sein. Viele werden noch lange Zeit eher nicht auswärts essen; im Gastgewerbe werden deshalb zahlreiche Unternehmen Insolvenz anmelden müssen. Die Freizeit- und Unterhaltungsindustrie im Allgemeinen wird sich weitgehend verändern. Selbst wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen verbessern, werden die privaten Haushalte wahrscheinlich vorsichtiger sein und einen größeren Anteil ihres Einkommens für das Sparen aufwenden als bisher. Dies wird durch ein (zumindest anfänglich) niedrigeres Beschäftigungsniveau, eine größere Unsicherheit über das zu erwartende Realeinkommenswachstum und möglicherweise auch durch eine höhere Verschuldung der Haushalte noch verschärft werden.

- **Weltweit anhaltend extrem niedrige Zinssätze:** Mehr noch als nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 wird es für die Zentralbanken jetzt viel einfacher sein, die Zinssätze zu senken, als sie wieder anzuheben. Nach 2008/09 waren ein Haupthindernis für Zinserhöhungen die regelmäßig durch die Ankündigung kleiner Zinsschritte ausgelösten Turbulenzen auf den Aktien- und Anleihemärkten. Nachdem die Zentralbanken nun eine viel größere Bandbreite von Finanzaktiva in ihre Ankaufprogramme aufgenommen haben, wird es noch schwieriger sein, zu "normalen" Zinssätzen zurückzukehren (wenn dies überhaupt jemals versucht wird).

- **"Re-Shoring", aber auch "Near-Shoring", von dem die vier Visegrád-Länder, Slowenien, die baltischen Länder und möglicherweise Teile der Westbalkanländer profitieren könnten:** Die COVID-19-Krise wird zumindest eine gewisse Entwirrung der komplexen weltweiten Lieferketten zur Folge haben. Die Unternehmen werden Kostenvorteile für eine größere Versorgungssicherheit aufgeben. Dennoch wird der Anreiz für Unternehmen in Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen

bestehen bleiben, einen Teil der Produktion an kostengünstigere Standorte auszulagern. Der westliche Teil der MOSOEL (und möglicherweise auch Serbien und Nordmazedonien) wird wahrscheinlich davon profitieren und könnte in den kommenden Jahren neue Investitionen aus Westeuropa anziehen. Vor allem die Visegrád-Länder verfügen dank ihrer Nähe zu Westeuropa, der EU-Mitgliedschaft, ihrer relativ guten Infrastruktur und der hohen Qualifikation der Arbeitskräfte über Vorteile. Dies könnte u. a. die Migration aus den ärmeren Teilen der MOSOEL in die EU-Länder der Region verstärken.

- **Zunehmende Auslagerung von Dienstleistungen in die MOSOEL:** Unternehmen lagern im Allgemeinen die Güterproduktion eher aus als den Bezug von Dienstleistungen¹¹⁾. Die Erfahrungen aus der COVID-19-Krise zeigen, wie viele Dienstleistungsaufträge aus der Ferne erledigt werden können. Da die Wirtschaft im Zusammenhang mit der Krise und dem potentiellen Nachfragemangel mittelfristig unter erhöhtem Kostendruck stehen wird, könnten die Unternehmen in Westeuropa nun auch die niedrigeren Arbeitskosten im Dienstleistungssektor der MOSOEL stärker nutzen. Theoretisch könnte eine solche Auslagerung auch den noch kostengünstigeren Standorten in Asien zugutekommen, doch ist die geographische Nähe auch im Dienstleistungshandel wichtig (z. B. wegen der Zeitzonen).
- **Zunehmende Kluft zwischen den "zwei Osteuropa":** Die höherentwickelten Volkswirtschaften der Region – und insbesondere die seit 2004 der EU angehörenden Länder – werden sich immer stärker mit Westeuropa integrieren. Zugleich werden die anderen MOSOEL das derzeit relativ niedrige Niveau der wirtschaftlichen Integration mit den reicheren Teilen Europas nur schwer deutlich verbessern können. So bereitet sich Russland seit einiger Zeit auf eine Verringerung der Globalisierung vor und verfolgt einen sehr restriktiven wirtschaftspolitischen Kurs. Was dies für die Westbalkanländer bedeutet, ist höchst ungewiss. Es liegt ganz im Interesse der EU, die Westbalkanländer so weit wie möglich zu integrieren; ob sie dies jedoch tun wird, ist fraglich.
- **Nach wie vor wichtige Rolle für China in MOSOEL:** Auf kurze Sicht ist für die drei großen Blöcke der Weltwirtschaft – die USA, China und die EU – das wirtschaftliche wie auch das politische Potential zur Expansion krisenbedingt gering. Doch während dies für die USA und China ein vorübergehender Zustand ist, konzentriert sich die EU seit über einem Jahrzehnt in

Mittelfristig wird die COVID-19-Krise viele Aspekte der Volkswirtschaften Osteuropas grundlegend verändern, aber nicht alle Auswirkungen werden negativ sein. So wird die digitale Wirtschaft in einigen Ländern profitieren.

¹¹⁾ <https://wiiw.ac.at/testing-the-smile-curve-functional-specialisation-in-gvcs-and-value-creation-p-4807.html> (abgerufen am 19. 5. 2020).

erster Linie auf interne Herausforderungen. Die EU dürfte deshalb auch nach Abklingen der COVID-19-Krise eher keine entscheidenden Schritte zur Sicherung ihrer geo-ökonomischen Interessen in den Westbalkanländern und in ihrer östlichen Nachbarschaft unternehmen. Da die Länder in dieser Region mit anhaltenden Finanzierungsengpässen konfrontiert sein werden und Russland aufgrund der niedrigen Rohölpreise mehr denn je die Mittel für eine Rolle als Weltwirtschaftsakteur fehlen werden, wird China wahrscheinlich weiterhin eine wichtige wirtschaftliche und politische Rolle in den Nicht-EU-Ländern der MOSOEL-Region spielen. Chinas Unterstützung für Serbien bei der Bewältigung der COVID-19-Krise ist ein deutliches Beispiel dafür.

- **Chancen für Jüngere:** In der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 litten vor allem Jüngere (insbesondere in Süd- und Südosteuropa) unter dem Verlust von Chancen, während die Generationen der "Babyboomer" und der Älteren eher einen sicheren Arbeitsplatz, einen stabilen Pensionsanspruch und hohe Ersparnisse hatten. In der COVID-19-Krise und danach werden wahrscheinlich jene im Vorteil sein, die am ehesten aus der digitalen Wirtschaft Kapital schlagen können, d. h. vor allem Jüngere.
- **Anhebung der Steuern in den MOSOEL (und möglicherweise Verstärkung der Progression):** Die MOSOEL weisen tendenziell viel niedrigere Steuersätze auf als die westeuropäischen Länder und in vielen Fällen auch eine geringere Progression. Da die Staatsverschuldung als Folge der COVID-19-Krise wahrscheinlich erheblich steigen wird, wird eine Steuererhöhung erforderlich sein, und es könnten Optionen mit deutlicherer Progression in Betracht gezogen werden.
- **Eine erweiterte Rolle für den Staat im Wirtschaftsleben:** Höhere Steuern werden mit einer erweiterten Rolle des Staates einhergehen (und diese verstärken), die

die gegenwärtige Krise überdauern wird. Dies wird ein wichtiger Schritt für viele MOSOEL sein, deren Wirtschaftspolitik – zumindest nach westeuropäischen Maßstäben – einen "Laissez-faire"-Ansatz verfolgt. Für Länder wie Russland und die Türkei, aber auch für Polen und Ungarn wird dies eine geringere Veränderung bedeuten. Für die meisten anderen EU-Länder unter den MOSOEL könnte die Veränderung jedoch einschneidender sein, einschließlich einer deutlichen (und dringend erforderlichen) Erhöhung der öffentlichen Gesundheitsausgaben.

- **Anhaltend niedrige Inflation in den meisten Ländern:** Die genauen Ursachen der anhaltend niedrigen Inflation in der Region sind umstritten; wahrscheinlich spielten demographische Trends, der verstärkte Wettbewerb des Online-Einzelhandels und die deflationären Auswirkungen der hohen Verschuldung eine Rolle. Alle drei Faktoren werden auch in Zukunft wirken, die beiden letztgenannten noch stärker als zuvor. Zusätzlich werden die Rohölpreise anhaltend niedrig sein, sodass die Inflation in den MOSOEL auch weiterhin sehr niedrig sein wird. Ausnahmen davon werden insbesondere Länder mit konstant negativen Realzinssätzen und immer schwächer werdender Währung sein (z. B. die Türkei).
- **Arbeitskräftemangel und Automatisierung:** Eine Zeit lang wird die COVID-19-Krise den Arbeitskräftemangel durch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit lindern. Der Druck in Richtung Automatisierung wird jedoch wahrscheinlich stark bleiben, und die Unternehmen werden Möglichkeiten zur Kostensenkung suchen, um die höheren Kosten des Re-Shoring und Near-Shoring auszugleichen. Da darüber hinaus durch die Überalterung der demographische Trend in der MOSOEL-Region deutlich negativ ist, wird der Arbeitskräftemangel in einigen Jahren wieder akut werden.

7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der durch die COVID-19-Pandemie bedingte Konjunkturunbruch wird in allen MOSOEL tiefer ausfallen als 2009 im Gefolge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Die Wirtschaft wird sich auch wesentlich langsamer erholen.

Der durch die COVID-19-Pandemie bedingte Konjunkturunbruch wird in allen MOSOEL tiefer ausfallen als 2009 im Gefolge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Das reale Bruttoinlandsprodukt der gesamten Region wird im Jahr 2020 im gewichteten Durchschnitt um 6,1% zurückgehen, gegenüber -5,6% 2009. Die Wirtschaft wird sich in der gesamten Region auch wesentlich langsamer erholen als nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise (2021 +2,8%, 2020 +4,4%).

Im Jahr 2020 wird das BIP in Osteuropa sehr unterschiedlich schrumpfen. Die größten realen Einbußen werden in Kroatien (-11,0%), Slowenien (-9,5%), der Slowakei (-9,0%) und

Montenegro (-8,0%) erwartet – Volkswirtschaften, die besonders exportorientiert und/oder tourismusorientiert sind. Auch die zwei größten Volkswirtschaften der Region geraten heuer in eine tiefe Rezession: Das wiiw prognostiziert für die Türkei einen Rückgang des realen BIP um 6,0% und für Russland um 7,0%.

Weniger gravierend werden die Krisenfolgen für jene Volkswirtschaften sein, die weniger von Außenhandel und Tourismus abhängig sind (Kosovo -4,4%, Moldawien -3,0%) und/oder für jene Länder, die erhebliche fiskalpolitische Ressourcen einsetzen, um den Wirtschaftsabschwung abzufedern (Polen -4,0%, Kasachstan -3,0%, Serbien -4,0%).

Jene Länder, die den Lockdown schneller aufheben konnten, wie z. B. Tschechien (-4,8%), werden ebenfalls überdurchschnittlich abschneiden.

Die Abwärtsrisiken der wiiw-Wirtschaftsprognose sind jedoch erheblich. Insbesondere die Abhängigkeit der Ukraine, Moldawiens und vieler Westbalkanländer von großen Kapitalzuflüssen könnte in diesen Ländern erhebliche zusätzliche Belastungen zur Folge haben, da Geldtransfers, ausländische Direktinvestitionen und "Hot Money" heuer stark zurückgehen werden. Die Rolle internationaler Finanzinstitutionen wie des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) wird entscheidend sein, um diesen Ländern bei der Bewältigung des Abschwunges zu helfen.

Einige Länder werden ihre Fiskalpolitik erheblich lockern können, um den Einbruch der Wirtschaftsleistung abzuschwächen. Die meisten osteuropäischen Volkswirtschaften haben aber recht begrenzte Möglichkeiten der externen Finanzierung und werden daher auf knappe inländische finanzielle Ressourcen angewiesen sein. Da das Defizit der öffentlichen Haushalte ausgeweitet wird und das nominelle Wachstum einbricht, wird die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum BIP stark steigen.

Die COVID-19-Krise ist ohne Beispiel in der Zeit nach dem Übergang zur Marktwirtschaft. Daher sind die wiiw-Prognosen auch mit einem besonders hohen Maß an Unsicherheit behaftet. Ein deutlich ungünstigeres Szenario als das derzeit prognostizierte ist durchaus möglich. Es könnte vor allem durch eine Kombination aus weiteren SARS-CoV-2-Ansteckungswellen, einer längeren Wartezeit auf die Verfügbarkeit eines Impfstoffes und politischen Fehlentscheidungen in den drei großen Wirtschaftsblöcken – USA, China und EU – eintreten. Eine günstigere Entwicklung ist hingegen eher unwahrscheinlich, jedoch nicht völlig ausgeschlossen.

Mittelfristig wird die Krise viele Aspekte der Volkswirtschaften Osteuropas grundlegend verändern, aber nicht alle Auswirkungen werden negativ sein. So dürften sich die Konsumgewohnheiten verändern und eine höhere Vorsicht beibehalten werden, selbst wenn sich die Wirtschaftslage verbessert. Voraussichtlich werden die privaten Haushalte vorsichtiger sein und einen größeren Anteil ihres Einkommens sparen als zuvor.

Dies wird durch ein niedrigeres Beschäftigungsniveau (zumindest anfänglich), größere Unsicherheit hinsichtlich des künftigen Realeinkommens und möglicherweise auch eine höhere Verschuldung der Haushalte verstärkt werden. Die Periode weltweit extrem niedriger Zinssätze wird voraussichtlich länger andauern als nach der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09. Da die Zentralbanken die Bandbreite der Finanzanlagen in ihren Ankaufprogrammen wesentlich erhöht haben, wird es noch schwieriger sein, zu "normalen" Zinssätzen zurückzukehren (falls der Versuch jemals unternommen wird).

Die Länder Osteuropas werden wahrscheinlich Steuern erhöhen (und möglicherweise die Progression verstärken), um die enorme Zunahme der Staatsverschuldung auszugleichen. Der größte Teil Osteuropas (einschließlich der Visegrád-Länder und möglicherweise auch Serbiens und Nordmazedoniens) dürfte in den kommenden Jahren von einem "Near-Shoring" westeuropäischer Unternehmen, also der Produktionsverlagerung aus Übersee in die Region profitieren. Auch die Auslagerung von Dienstleistungen wird voraussichtlich zunehmen und osteuropäischen Ländern zugutekommen. Vor allem die baltischen Länder, Tschechien und Slowenien können von einem Aufschwung der digitalen Wirtschaft als Folge der Krise profitieren.

Andere Merkmale der osteuropäischen Volkswirtschaften werden weitgehend unverändert bleiben. China wird voraussichtlich weiterhin eine wichtige wirtschaftliche und politische Rolle in den Nicht-EU-Ländern Osteuropas spielen. Die EU wird sich weiterhin intensiv auf ihre internen Probleme konzentrieren. Russland werden weiterhin die finanziellen Ressourcen fehlen, um ein wichtiger Weltwirtschaftsakteur zu sein. Die Inflation und die Zinssätze dürften aufgrund der Kombination aus Rückgang der Bevölkerung, Zunahme der Konkurrenz durch den Online-Handel, deflationärer Wirkung der hohen Verschuldung und anhaltend niedrigem Rohölpreis niedrig bleiben. Nach einer kurzen Flaute werden Arbeitskräftemangel und Automatisierung in Osteuropa erneut akut werden. Der vorübergehende Anstieg der Arbeitslosigkeit wird nicht stark genug sein, um den Bevölkerungsrückgang mittelfristig auszugleichen. Gleichzeitig wird der Automatisierungsschub stark bleiben, da Unternehmen nach Kosteneinsparungen suchen werden, um die krisenbedingten Verluste auszugleichen.